

„Dann wäre Bush Nobelpreisträger ...“

Angesichts der im Zuge der Globalisierung auftretenden Konflikte ist der Werkzeugkasten des Militärs viel zu klein. Konfliktprävention und Konfliktmanagement müssen heute vor allem auf nichtmilitärische Maßnahmen setzen.

Von Thomas Roithner

Nach den Terroranschlägen des 11.9.2001 in den USA kamen 12 Intellektuelle – darunter der Friedensforscher Johan Galtung – auf die Idee, George W. Bush für den Friedensnobelpreis zu nominieren, sofern dieser als Reaktion einen Krieg unterlässt. Der „war president“ – wie er sich selbst nennt – hätte damit in der Liste um Bertha von Suttner, Nelson Mandela, Rigoberta Menchú, Shirin Ebadi, Desmond Tutu oder Mutter Teresa „bereichert“. Die kleine Episode mag den meisten Medien nicht mal eine Kurzmeldung wert gewesen sein und dennoch gibt sie einen Einblick in die internationalen Beziehungen: Diese von der Forschung entwickelten und in der Praxis erprobten und weiterentwickelten Zugänge und Konzepte zur zivilen Konfliktbearbeitung spielen in der im Schatten des Terrorismus betriebenen Politik nur die zweite Geige.

Sackgasse Militär

Die Konturen jener sich nach dem 11.9.2001 deutlicher abzeichnenden Weltunordnung werden mehr und mehr vom Militär definiert. Nach 5 Jahren in dem von den USA ausgerufenen „permanenten Krieg gegen den Terror“ gewinnt man jeden Tag mehr die Gewissheit, dass in den durch die Globalisierung hervortretenden Konflikten das Militär nur unzureichende und keine ursachenorientierten Konzepte hat. In der Mehrheit der Konflikte ist die westliche militärische Übermacht kontraproduktiv für die Schaffung von Frieden. Gekennzeichnet werden diese Konflikte mitunter durch unklare Fronten und Kriegsziele, Privatisierung von Gewalt und „asymmetrische“ Kriegführung. Das betrifft nicht nur die USA und ihre tobenden Kriege in Afghanistan und Irak oder die Drohgebärden in den Konflikten im Iran, Nordkorea und Venezuela, sondern auch die EU-Staaten sind mit dem Phänomen „neuer Kriege“ konfrontiert. Das Durchbrennen zivilisatorischer Sicherungen der Bundeswehrsoldaten am Hindukusch durch Leichenschändungen, die mittlerweile aus dem Rampenlicht geratenen Folterungen im Bundesheer und die ständig steigende Anzahl von EU-Auslandseinsätzen, die durch keinerlei ernstgemeinte öffentliche Debatte begleitet werden, stecken nur Teile des Problems ab.

Die in den USA längst überfällige Diskussion über den Irak-Krieg und seine „escape-Szenarien“ sind einerseits dem Druck der Öffentlichkeit und andererseits der steigenden Zahl toter US-SoldatInnen im Nahen und Mittleren Osten geschuldet. Die EU reagiert auf die Probleme ihrer Militärs durch die zivil-militärische Zusammenarbeit.

Die „gemeinsamen transatlantischen Werte“ von Aufrüstung, starker Rüstungsindustrie, militärischer Beistandslogik, erkennbarer Distanz zum Völkerrecht oder globalem Interventionismus mit Kampfverbänden sind sowohl – in unterschiedlicher Schärfe – in der EU- als auch in der US-Sicherheitsdoktrin fest verankert.

Instrumentalisierung durch Militär

Eine im Auftrag der EU ausgearbeitete „Human Security Doctrine“ versucht dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, ohne aus bisherigen Militärkonzepten auszurechnen. Aufgaben der dafür vorgesehenen „Human Security Response Force“ sind neben dem Wiederaufbau, humanitärer Hilfe, Entwaffnung, Herstellung von Recht und Ordnung auch die Unterstützung der Zivilgesellschaft, unabhängige Medien und Erziehung. Die Truppe besteht insgesamt aus ca. 15.000 Personen, wobei mindestens ein Drittel ZivilistInnen (vorwiegend Polizei) sein soll. Sofern dieses Konzept zum Einsatz kommen sollte, werden – so die nicht unrealistische Einschätzung – mehrheitlich SoldatInnen klassische zivile Aufgaben wahrnehmen. Ein Indiz dafür ist, dass für diese Truppe – wie für die EU-„battle groups“ – über ein völkerrechtliches Mandat nicht gesprochen wird. Die positive Erkenntnis für den Einsatz ziviler Fachkräfte neben einem starken militärischen Kontingent, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass dies ein Schritt zur Instrumentalisierung des Zivilen und damit ein Schritt zur Militarisierung ist.

Die von den Militärs gelobte zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC) dient – so die deutsche Bundeswehr – der jeweiligen militärischen Operation. Caritas International sieht darin einen „Widerspruch zum Neutralitätsprinzip“ für Hilfsorganisationen, das österreichische Rote Kreuz ein „brandgefährliches“ neues Tätigkeitsfeld für eine Armee, der die Aufgaben abhandeln gekommen sind und stellt gemeinsam mit dem deutschen Verband entwicklungspolitischer Organisationen und „Ärzte ohne Grenzen“ fest, dass Helfer im Windschatten militärischer Interventionen selbst zur Zielscheibe werden. „Ärzte ohne Grenzen“ haben sich daher nach 24 Jahren aus Afghanistan zurückgezogen.

Menschliche Sicherheit

Armut, Hunger, Unterernährung, Flüchtlinge, globale Erwärmung u.v.a. werden von der EU als globale Herausforderungen benannt. Diese Herausforderungen haben zivile Ursachen und verlangen nach zivilen Lösungsansätzen. Durch die Globalisierung haben sich diese Probleme verstärkt bzw. treten nicht mehr nur in den Ländern der sog. „Dritten Welt“ auf.

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) hat 1994 das Konzept der „menschlichen Sicherheit“ erstmals dargelegt. „Wer von menschlicher Sicherheit spricht, macht sich nicht Sorgen über Waffen, sondern über das Leben und die Würde des Menschen“, so die UNO. Nach diesem Konzept orientiert man sich weniger an staatlicher Sicherheit, sondern an der Sicherheit des Individuums. Neben der körperlichen Unversehrtheit spielen Ökonomie, Ernährung, Gesundheit und Umwelt eine zentrale Rolle.

Zivile Konfliktprävention

Der Prävention haben sich auch die transatlantischen Akteure angenommen. Die Administration Bush hält die Debatte durch den „Präventivkrieg“ in Atem und die EU übt sich im Formulieren von Bedingungen „guter Regierungsführung“ zum Umbau ganzer Gesellschaften nach westlichem Vorbild. Mit einer wesentlichen Erhöhung der Ausgaben für Entwicklung oder einem nennenswerten Abbau von Agrarprotektionismus machen beide Akteure nicht von sich reden.

Die EU hat derzeit zwanzigmal mehr Militärs im Ausland als ziviles Personal (inkl. Polizei). Bei den aktuell potenziell einsetzbaren EU-Pools an ZivilistInnen (inkl. Polizei) und Militärs ist das Missverhältnis noch unausgewogener, aber immer noch „ziviler“ als jenes der USA.

Die UN-Millenniumsziele wurden etwa 10 Jahre nach den Konzepten zur „menschlichen Sicherheit“ formuliert und stehen durchaus in dieser Tradition. Im Sinne eines umfassenden Friedensbegriffes und der Konfliktprävention wurden als Ziele die Beseitigung der extremen Armut und des Hungers, die Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung, die Förderung der Gleichheit der Geschlechter, die Senkung der Kindersterblichkeit, die Verbesserung der Gesundheit von Müttern, die Bekämpfung von Krankheiten, die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und der Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft formuliert. Ursachenbekämpfung spielt bei diesem Ansatz die zentrale Rolle. Eine nachhaltige Friedensordnung ist ohne die Infragestellung der neoliberalen Ökonomie nicht mehr gewährleistet.

Eine Unterstützung von Menschen im Sinne der Millenniumsziele erfordert ein Mitdenken von neuen Kriegsursachen, Akteuren und bestehenden Ansätzen in allen Phasen des Konfliktes. Die Vereinten Nationen als wichtigste Organisation zur zivilen Konfliktbearbeitung und die nichtstaatlichen Akteure hätten dazu mehr Erfahrungen auszutauschen, als sie dies gegenwärtig tun.

Thomas Roithner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Burg Schlaining), Wien